Berlinweiter Erfahrungsaustausch „Touristische Nutzung in Wohnquartieren“

Dokumentation

10. April 2014, 17.00 – 20.00 Uhr, Berliner Rathaus, Louise-Schroeder-Saal, 10178 Berlin

Der Tourismus in den Berliner Innenstadtbezirken boomt. Die rasante Entwicklung in den letzten Jahren beeinflusst sowohl die lokale Gewerbestruktur als auch die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner in den innerstädtischen Wohnquartieren. Vor dem Hintergrund zunehmender Nutzungskonflikte und der damit verbundenen Existenzgefährdung des ansässigen Gewerbes entwickelte das Projekt lokal.leben der Wirtschaftsförderung Friedrichshain-Kreuzberg vielfältige Strategien, um den Gewerbebestand zu sichern und die wirtschaftliche Vielfalt zu erhalten.

Das Thema „Touristische Nutzungen in Wohnquartieren“ und seine Folgen betrifft besonders die Innenstadtbezirke. Aus diesem Grund lud lokal.leben am 10.04.2014 zu einem berlinweiten Erfahrungsaustausch zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den Akteuren des öffentlichen Raums, der Wissenschaft, den Verwaltungen und der Politik.

Nach einer kurzen Hinführung zum Thema wurden alle Anwesenden von der Moderatorin Frau Peltz-Grau, Referentin des Bezirksstadtrates Dr. Beckers, begrüßt.

Dr. Beckers, Wirtschaftsstadtrat und Leiter der Abteilung Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport

Anschließend berichtete Herr Dr. Beckers über die aktuelle Situation in Friedrichshain-Kreuzberg. Er hat seine Tätigkeit als Wirtschaftsstadtrat im Jahr 2006 mit der Weiterführung des sehr erfolgreichen Projekts „Einkommenssteigerungen durch Stadtteil-Tourismus“ begonnen. Ziel dieses Projekts war es, die Situation der Gewerbetreibenden im Bezirk, welche über geringe Kaufkraft in einigen Kiezen klagten, zu verbessern. Beginnend mit der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2006 führte dies zu einer dynamischen und positiven wirtschaftlichen Entwicklung, welche leider in einer ganzen Reihe von Konflikten mündete. In den Jahren 2010/11 eskalierte die Situation auf der Admiralsbrücke im Graefekiez auf Grund der hohen Besucherzahlen.

Eine erhebliche Steigerung ist auch bei der Zahl der Übernachtungen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu sehen (die privaten Übernachtungsmöglichkeiten nicht mitgerechnet): im Jahr 2014 sind es bisher 3,5 Millionen, 2003 waren es noch 880.000. Auch die Anzahl der Hotels und Hostels ist um über 50 % gestiegen, was zu immer mehr Konflikten mit Anwohnern und Anwohnerinnen führt.

Im Jahr 2006 hatte Herr Dr. Beckers auch das Projekt „Imagekampagne für Friedrichshain-Kreuzberg“ gestartet und freut sich sehr über dessen erfreuliche Resonanz sowie über die positiven Seiten des Tourismus: Berlin wird weltweit als lebenswerte, interessante Stadt wahrgenommen und löst sich immer mehr von seiner negativen Vergangenheit.

Neben diesen positiven Seiten des Tourismus in Berlin gibt es leider immer mehr Konfliktsituationen - Stichwort

Admiralsbrücke: Hier wurde im Jahr 2010 ein Mediationsverfahren initiiert, unterstützt von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, um die Anwohner- und Nutzerinteressen in Einklang zu bringen. Es wurde bisher keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Heute gibt es ab 22:00 Uhr ein allabendliches „Wegreden“ der Brückennutzer durch die Polizei. Dies ist jedoch eine Einzellösung, allein schon mangels der vorhandenen Personalkapazitäten.

Auf Grund des hohen Bedarfs gab es weitere runde Tische unter Einbeziehung des Ordnungsamtes. Es kam immer mehr das Gefühl der Ohnmacht auf und sehr wichtige Fragen stellten sich: Muss oder soll hier ordnungsrechtlich vorgegangen werden? Müssen jetzt überall um 22:00 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt werden, weil Anwohner sich beschweren? Gibt es hier noch andere Möglichkeiten zivilgesellschaftlich zu wirken? Wie weit ist es auch baurechtlich bzw. von der Baunutzungsverordnung her notwendig, Akzente zu setzen? Muss darauf geachtet werden, dass Wohngebiete Wohngebiete bleiben und sich nicht zu Mischgebieten verändern, wo quasi schon fast alles erlaubt ist? Welche Rolle spielen auch Milieuschutzsatzungen, können sie dort überhaupt etwas bewirken?
Mehr oder weniger erfolgreich wurde bereits im Jahr 2001 in der Simon-Dach-Straße ein erstes Verfahren entwickelt. Es gibt immer wieder schwarze Schafe, aber meistens sind alle Beteiligten willens, eine gemeinsame Lösung zu finden. Generell gibt es die verstärkte Forderung, nach 22:00 Uhr den Außenausschank in belasteten Kiezen zu verbieten - aber auch die Gegenströmung von Anwohnern, die es genießen, in einem Kiez zu wohnen, in dem man abends lange draußen sitzen kann. Es bedarf hier einer Moderation von Prozessen, welche die Verwaltung allein schon aus rein personeller Sicht nicht leisten kann. Das Projekt lokal.leben hat sich dieser Aufgabe im Anschluss an das Mediationsverfahren Admiralsbrücke gestellt und im Dialog mit allen Beteiligten verschiedene Methoden und Lösungsansätze entwickelt.
Berlin lebt auch vom Tourismus. Es ist wichtig, dass Berlin an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnimmt und dass das hier erwirtschaftete Geld der Stadt zu Gute kommt. Dies sollte aber keine Einbahnstraße mit Blick auf die Umsatz- und Übernachtungszahlen sein. Alle Konfliktbeteiligten sollen in Zukunft noch mehr als bereits geschehen zusammengebracht und weitere Strategien für ein Miteinander entwickelt werden.

Dr. Torsten Kühne, Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Verbraucherschutz, Kultur, Umwelt und Bürgerdienste

Die touristische Nutzung in Wohngebieten ist nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg ein Problem. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre hat sich das innerstädtische Straßenbild stark verändert, die Ansprüche an das öffentliche Straßenland sind höher geworden. Deutlich zu sehen ist dies an der Ausweitung der Schankvorgärten, an kreativen Stadtmöbeln, die ins Straßenland gestellt werden und an anderen kreativen Nutzungen wie liebevoll gestalteten Anwohnerparks. Die Aufenthaltsqualitäten im öffentlichen Straßenland spielen eine große Rolle, allerdings bringt die vielseitig stattfindende Nutzung auch Probleme mit sich: Lärm, Vermüllung, fehlende Parkplätze.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Stark betroffen hiervon war der Mauerpark. Im Jahr 2011 beteiligte sich das Bezirksamt Pankow an dem von der Senatsverwaltung für Inneres initiierten Pilotprojekt „Bürger und Ordnungspartnerschaften“.
Die Ausgangssituation war folgende: Der Mauerpark hat sich immer mehr zu einem Veranstaltungsort entwickelt, ein Kreativort mit sehr unterschiedlichen Nutzungen ist entstanden. An den Wochenenden in den warmen Jahreszeiten kommen bis zu 50.000 Besucher, es gibt einen Flohmarkt, Biergärten, es wird gegrillt. Teile des Mauerparks sind Hundeauslaufgebiet und Orte für sportliche Betätigungen. Der Park bietet alles, was Anwohner und Touristen von einer Grünfläche erwarten. Bei einer Nutzung von bis zu 50.000 Besuchern an einem Wochenende ist natürlich die Einhaltung des Grünanlagengesetzes oder anderer rechtlicher Grundlagen nur bedingt möglich. Dieser Tatsache schließt sich der für den Park zuständige Polizeiabschnitt an - er könne nicht jedes Wochenende eine Hundertschaft in den Mauerpark schicken, damit alles nach rechtlich einwandfreien Regeln abläuft. Der Mauerpark ist kein Anwohnerpark mehr, sondern ein touristisches Highlight im Bezirk. Daher treten massive Nutzungskonflikte auf: Beschwerden von Anwohnern aus dem Umfeld auf Grund des Lärms, illegale Gewerbe, Sicherheitsprobleme im Dunkeln… Die Kosten zur Beseitigung des Mülls betragen 150.000 € pro Jahr, Tendenz steigend. Die Behörden sind hier an ihre Grenzen gestoßen. Sie konnten es nicht allen recht machen, waren für die einen viel zu lasch, für die anderen viel zu hart bei der Durchsetzung der rechtlichen Grundlagen. Es gab keine direkte Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden und den Nutzern.

Das Projekt „Bürger und Ordnungspartnerschaften“ startete, um an der geschilderten Gesamtsituation etwas zu verändern. Ziel war es, durch die Etablierung von Parkregeln die Aufklärung der Parknutzer zu erleichtern. Unter Begleitung der Senatsinnenverwaltung saßen die zuständigen Behörden vom Ordnungsamt, damals noch Tief- und Landschaftsplanung, jetzt Straßen- und Grünflächenamt, das Umwelt- und Naturschutzamt, der Verein „Freunde des Mauerparks“, die Polizei, Gewerbetreibende und interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammen an einem Tisch. In acht gemeinsamen Sitzungen wurde unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen und unter Einbeziehung der Wünsche der Nutzer der Grau- bis Dunkelgraubereich der rechtlichen Vorgaben ausgeleuchtet, um auch wirklich umsetzbare Parkregeln gemeinsam zu erarbeiten.

Ganz wichtig war hierbei die direkte Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden und den Nutzern des Parks. Das gemeinsame Auftreten aller Parteien nach außen und deren Präsenz erleichtert allen Nutzern das Einhalten der Regeln. Der Pavillon von den Freunden des Mauerparks ist der zentrale Anlauf- und Austauschpunkt. Allerdings ist es mit Gesprächen allein nicht getan - durch finanzielle Unterstützung der Senatsinnenverwaltung konnte ein Flyer erarbeitet werden und auch im Internet sind inzwischen alle Informationen zum Park abrufbar. Diese Konzeptumsetzung befindet sich aktuell in der zweiten Saison, die Bilanz ist gemischt. Durch klar

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

kommunizierte Regeln hat sich bei den Punkten Lärm und Grillen einiges verbessert. Jedoch ist das Müllproblem nach wie vor nicht wirklich gelöst. Trotz umfangreicher Angebote wird ihm nicht wirklich Beachtung gezollt und das allergrößte Problem liegt in der Finanzierung.
Fazit: Die direkte Kommunikation aller Beteiligten hat enorm viel bewirkt. Es wurden Vorurteile abgebaut und sowohl das Verständnis füreinander als auch die Kompromissbereitschaft sind gewachsen. Die Freunde des Mauerparks verstehen, in welchen Zwangslagen die zuständigen Behörden sich auf Grund der restriktiven Lärmgesetzgebung in Deutschland befinden. Über Grenzwerte wird nicht verhandelt, eine Lärmbeschwerde reicht und die zuständige Behörde muss handeln. Es hat sich ein Netzwerk etabliert, mit dem auftretende Probleme auf dem kurzen Dienstweg z.B. telefonisch geklärt werden können. Heute gilt: Im Zweifelsfall immer erst mal anrufen. Die Freunde des Mauerwerks bei der Polizei oder der Polizeiabschnitt beim Ordnungsamt oder das Ordnungsamt bei den Freunden des Mauerparks…
Leider ist die Fortsetzung dieses erfolgreichen Pilotprojekts durch die Senatsinnenverwaltung und das Programm „Bürger und Ordnungspartnerschaften“ nicht gesichert. Für das Bezirksamt Pankow war es ein großer Aufwand, besonders im personellen Bereich. Die acht Abstimmungsrunden haben die Mitarbeiter zum größten Teil außerhalb der Dienstzeit bestritten. Ohne dieses Engagement wär das Projekt nicht umsetzbar gewesen. In Pankow gibt es, neben dem Mauerpark, noch viele andere kreative Erlebnisorte. Um hier ähnliches wie im Mauerpark zu etablieren wäre es nötig, personelle und finanzielle Ressourcen zu verstärken. Es wäre gut, in Berlin ein Netzwerk zu entwickeln, um sich über Lösungen austauschen zu können, um voneinander zu lernen, und gemeinsam dafür zu kämpfen, dass die zuständigen Senatsverwaltungen unterstützend wirken und die einzelnen Initiativen nach einer Pilotphase nicht im Sande verlaufen. Bürgerbeteiligung und das gemeinsame Engagement von Bürgern und Verwaltung wird, wie bei „Bürger und Ordnungspartnerschaften“ vorgelebt, in Zukunft viel wichtiger werden. Die Behörden können es allein nicht mehr schaffen. Wir brauchen Partnerschaften, aber dafür benötigen wir auch die entsprechende Struktur und die Ressourcen. Diese haben wir im Augenblick nicht und müssen dafür gemeinsam kämpfen.

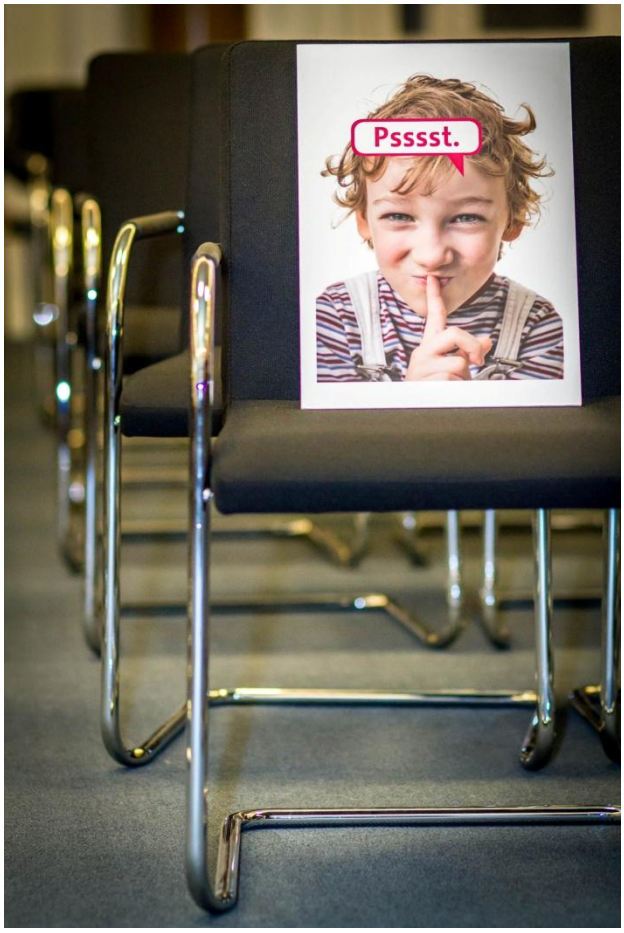
Dipl. Ing. Stefanie Raab, coopolis gmbh, Projektleiterin lokal.leben – Netzwerk für Standortlösungen stellt die von coopolis erarbeiteten Handlungsmöglichkeiten und Lösungsstrategien im Bezug auf die touristische Nutzung von Wohngebieten vor. Die Wirtschaftsförderung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg entwickelte im Rahmen des Bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit das bisher einmalige Projekt „lokal.leben – Netzwerk für Standortlösungen“ mit dem Ziel, in fünf ausgewählten Quartieren die bestehende Gewerbestruktur zu erhalten und einen quartiersverträglichen Branchenmix herbeizuführen. Der Start des Projekts war im Januar 2012. Die Freunde des Mauerparks waren in der Orientierungsphase des Projektes große Vorbilder.
In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es unmittelbar nebeneinander verschiedene Strukturen und Strömungen. Es gibt Quartiere in denen extremer Gewerbeleerstand und echte wirtschaftliche Not herrscht. In den Jahren 2002/03 war das auch im Graefekiez noch der Fall. Dort einen Laden zu betreiben war nicht einfach. Heute ist das ganz anders: Im Graefe- und im Wrangelkiez gibt es zahlreiche Konflikte zwischen den Nutzungen, die mit dem Wohnen zu tun haben und den Nutzungen, die mit der Freizeitgestaltung zu tun haben und die sich oftmals lautstark in die Abendstunden erstrecken. In diesem Konfliktfeld hat „lokal.leben - Netzwerk für Standortlösungen“ vermittelt. Den herrschenden Gewerbeleerstand hat Mareike Lemme bearbeitet und ich, Stefanie Raab, habe mich gemeinsam mit Rebekka Solfrian um die Nutzungskonflikte gekümmert, mit enormer tatkräftiger Mithilfe von Bewohnern, Gastronomen und Eigen-

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

tümern aus den Kiezen. Das Projekt wird durch das Förderprogramm „Aktionsräume plus“ und eine wirtschaftsdienlichen Maßnahme lanciert. „Aktionsräume plus“ ist aus der Programmatik der sozialen Stadt, aus EU-Mitteln, Bundes- und Landesmittel finanziert. Es geht hierbei um eine soziale Stadtentwicklung. Eine wirtschaftsdienliche Maßnahme soll der Wirtschaft dienen - genau hier spannte sich der Bogen des Projektes zwischen ökonomischer und sozialer Stadtentwicklung. Die Projektlaufzeit betrug zweieinhalb Jahre. Schwerpunkte lagen im Graefekiez, auf dem Spreewaldplatz und im Wrangelkiez. Für deren unterschiedliche Ausgangslagen und Problemschwerpunkte wurden passgenaue Herangehensweisen entwickelt. Beim Projektstart von lokal.leben im Graefekiez hatte das Nachbarschaftshaus Urbanstraße schon Vorarbeit geleistet. Gastronomen und Anwohner waren bereits im Gespräch. Nun sollten noch die Eigentümer mit ins Boot geholt werden, um eine lokale Vereinbarung zu erreichen, die für alle tragbar und einvernehmlich ist – einen „Kiez Konsens“. 17-20 Eigentümer wurden erfolgreich ins Projekt eingebunden und haben u.a. ein Bewusstsein für Diversität als Standortqualität entwickelt*: „Nachhaltige Immobilienwirtschaft ist für mich wesentlich wichtiger als eine Gewinnmaximierung und wenn ich dazu beitragen kann - gerne!“*. Erste inhaltliche Projekterfolge wurden erkennbar und Eigentümer wendeten sich an lokal.leben bei Fragen vertraglicher- und nutzungsrechtlicher Art. Es wurde auch eine gemeinsame Vereinbarung bezüglich des Lärms getroffen. Ziel war es, die Frequenz von Außenausschänken im öffentlichen Raum so weit herunterzufahren, dass der gesamte Lärmpegel auf ein vernünftiges Maß kommt – und dies natürlich nicht auf Kosten der bestehenden Betriebe. Auf Grund einiger schwarzer Schafe haben diese Spielregeln jedoch nicht durchgehend funktioniert. Die nächste Maßnahme war das Monitoring. Gemeinsam mit den Anwohnern wurde der gesamte Kiez kartiert, um sich einen Überblick zu verschaffen, welche Nutzungen vorliegen. Hieraus wurden Karten erstellt. Die Bilanz (Auszug): 998 Erdgeschoss- und Souterraineinheiten, 35 % davon werden als Wohnraum und 51 % gewerblich genutzt. 120 Gastronomieeinheiten haben nach 20:00 Uhr geöffnet, hinzu kommen Spätverkäufe und Kioske… also gut 135 Orte, an denen auch nach 22:00 Uhr noch was los ist verteilt auf ein Gebiet mit 18.000 Einwohnern. 122 haben eine Außenbestuhlung… Das Ergebnis der Kiezkartierung war ernüchternd. In Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt wurde festgestellt, dass es gewerberechtlich keine Möglichkeit gibt, die gastronomischen Nutzungen in einem Wohngebiet zahlenmäßig zu begrenzen. Die einzige Möglichkeit, um darauf Einfluss zu nehmen, geht über die Anwendung von Stadtplanungsrecht. Hierzu gab es einen Bezirksamtsbeschluss: „Die Berliner Mischung sollte erhalten bleiben, eine einseitige Entwicklung in Richtung alleiniger gastronomischer Nutzung soll in den stark frequentierten Bereichen vermieden werden“.
Auf Grundlage des § 15 der Baunutzungsverordnung besteht die Möglichkeit, in Gebieten, die als reine Wohngebiete ausgewiesenen sind, die Funktion „Wohnen“ zu schützen.

Ein Teil des Graefekiez ist als reines Wohngebiet deklariert. Mit Hilfe eines Präzedenzfalls aus Rheinland-Pfalz und der umfassenden Datenlage im Kiez, die durch die Bürger erhoben wurde, konnte am 18. März 2014 in einer gemeinsamen Ausschusssitzung des Stadtplanungs- und Wirtschaftsausschuss signalisiert werden, dass mittlerweile auch beim Amt für Stadtentwicklung die Bereitschaft besteht, den § 15 anzuwenden. Sprich: Wenn neue Bauanträge für gastronomische Nutzungen aus dem Graefekiez eingehen, wird sehr genau geprüft, ob denen stattgegeben werden kann. Lokal.leben fokussiert bei allen Prozessen eine gemeinsame Veränderung möglichst im Konsens. Im Graefekiez und am Spreewaldplatz wurden die Gastronomen über die neue Lage informiert. Alle erhielten einen Brief, in dem die Spielregeln formuliert waren. Diese gehen weit über das hinaus, was gesetzlich verpflichtend wäre.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung



In Vernetzung mit den Kiezbürgern hat dieses Verfahren gut geklappt, für die letzte Saison wurde trotz erhöhter Besucherzahlen zumindest der Status quo erhalten. Dennoch ist es natürlich kein kompletter Erfolg, wenn sich die Anzahl der Personen, die des Nachts durch den Kiez strömen, jährlich erhöht.

Die Situation der Ordnungsämter ist nicht einfach. Sie reagieren im Grunde nur auf die Aktionen der Anwohner. Wenn es keine Klagen gibt, dann können sie es auch durchaus zulassen, dass der Außenausschank bis 3:00 Uhr in der Nacht läuft. Auf der anderen Seite reicht ein Kläger aus, um den Außenausschank auf 22:00 Uhr zu beschränken. Dadurch entsteht eine sehr starke Unausgewogenheit und „Ungerechtigkeit“.

Ein Ergebnis des Projekts ist, dass „im Gespräch sein“ wesentlich wichtiger und sinnvoller ist als jede gesetzliche oder behördliche Intervention. Die Kommunikation mit und zwischen allen Beteiligten ist essentiell. Hierfür sollte, nach Amsterdamer Vorbild, als nächster Schritt nach dem Monitoring der Nachtschwärmer-Stadtplan in Papierform und als App umgesetzt werden. Dies scheiterte leider an fehlenden Partnern. Der Nachtschwärmer-Stadtplan listet die grundsätzlichen Spiel- bzw. Benimmregeln auf. Viele Gäste kommen aus dem Ausland und sie kommen hierher, weil sie gehört haben, in Berlin darf man alles. Dann kann man auch mal sagen: „Na ja, nicht ganz alles - Ihr seid zwar herzlich willkommen, aber unser Staatswappen ist schließlich ein Bär und ein Bär braucht ganz viel Schlaf.“, „Bitte nicht in die Hauseingänge pinkeln, das ist einfach eklig“ und „Bitte seid doch nach 22:00 Uhr so leise, dass die Nachbarn auch schlafen können.“

Gemeinsam mit dem Leiter des Friedrichshain-Kreuzberger Ordnungsamtes haben wir die Verwaltung des Amsterdamer Zentrums besucht um zu sehen, wie dort mit ähnlichen Problemlagen umgegangen wird. Die Amsterdamer haben eine hervorragende Datenlage und verfügen über ein fortlaufendes Monitoring der gewerblichen Nutzungen im Zentrum. Die Zusammenarbeit der Ämter wird zielgerichtet koordiniert, gut verzahnt und mit der Bewohnerbeteiligung immer wieder gut zusammengebracht. Eine Methode zur Einschätzung von Problemlagen ist die regelmäßige Bewohnerbeteiligung am Monitoring. Der Ordnungsamts-Mitarbeiter, der Polizist und der Mitarbeiter vom Umweltamt, der für den Lärm zuständig ist, gehen zusammen mit den Bürgern nachts durch den Kiez, beurteilen gemeinsam die Situation und besprechen das weitere Vorgehen.

Lokal.leben hat sehr vielfältige und verschiedene Verfahren und Methoden ausprobiert. Im Sommer 2013 ist im Wrangelkiez die massive Verdrängung des Einzelhandels

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

besonders sichtbar geworden. Dies war hier das dominierende Problem. Lokal.leben hat an einem Präzedenzfall das Konfliktlösungspotential- und -können gezeigt: Verträge wurden rückgängig gemacht und die alteingesessene Wäscherei konnte bleiben.
Fazit: Die Logik des Marktes ist zwar dominant, aber sie sind nicht unumstößlich. Sie sind vor allem dann nicht unumstößlich, wenn es eine gute Kooperation im Kiez gibt, wenn es eine gute Vernetzung gibt und wenn es jemanden gibt, der die Arbeitszeit hat, ein Einzelfallmanagement zu machen. Dies sind wichtige Instrumente gegen die genannten Umstrukturierungprozesse in den Kiezen und davon brauchen wir in den nächsten Jahren sehr viel in dieser Stadt.

Dipl. Geograph Sebastian Schlüter, HU Berlin, Begleitforschung lokal.leben

Das Problem auf gesamtstädtischer Ebene muss im europäischen Kontext betrachtet werden, um die lokalen Kiezkonflikte einordnen zu können: Die Dimension des Tourismus in Berlin und der Wachstumsdynamik ist im Vergleich zu 20 anderen Top-Destinationen in Europa deutlich erkennbar. Im Jahr 2011 betrug der gesamte Umsatz „Tourismus in Berlin“ über 9 Milliarden € netto und war somit der dynamischste und stärkste Wirtschaftszweig. Unter den europäischen Städten hat Berlin einen Marktanteil von 8,8 %, mit einem extremen Wachstum der Übernachtungen von 140 % in den vergangenen zehn Jahren. Heute liegt Berlin, wenn man den Marktanteil betrachtet, im Übernachtungsranking auf Platz drei, hinter London und Paris. Dieser Boom lässt sich besonders gut nachvollziehen, wenn man die Übernachtungszahlen im Einzelnen betrachtet. Also von 2003-2011, von unter fünf auf über 10 Millionen Übernachtungen, mit einem jährlichen Plus von 10 %. Die reinen Übernachtungszahlen repräsentieren lediglich 25 % der Berlin-Besucher. So waren beispielsweise 70 % der Besucher im Jahr 2011 Tagesgäste, d.h. Gäste, die nicht über Nacht bleiben und somit auch nicht in den genannten Übernachtungszahlen erfasst werden. Dennoch sind sie sehr wohl präsent im Straßenbild und nutzen auch entsprechende Einrichtungen. Auf der einen Seite sind diese Tagesbesucher aus der wirtschaftlichen Perspektive die ganz unbeliebten Touristen, weil sie eben nicht so viel Umsatz erbringen. Auf der andren Seite, und das ist das Entscheidende, machen sie eben mit 70 % einen Großteil der Touristen aus.
Was tun die Touristen in Berlin? Der "Qualitätsmonitor Tourismus in Deutschland" zeigt, dass 90 % der Touristen in der fremden Stadt im Restaurant essen. Der Kaffeebesuch steht mit 76 % an vierter Stelle und das Nachtleben steht mit 35 % auch relativ weit oben in der Gunst.

Wo nutzen sie gastronomische Einrichtungen Berlin? Die Karte von Frau Petzold-Grau zeigt folgendes: Die Verteilung der gastronomischen Betriebe hat deutliche Schwerpunkte: Prenzlauer Berg, Schöneberg, Kreuzberg-Graefekiez. Diese Konzentration der gastronomischen Angebote auf einige wenige Gebiete führt zu den Nutzungskonflikten. Eine Ursache dieser gastronomischen Häufung ist das Handeln der Verwaltung in den 2000er-Jahren gewesen. Bestimmte Verwaltungsgänge wurden vereinfacht, um entsprechende ökonomische Anreize für die Ansiedlung gastronomischer Einrichtungen zu setzen.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Die Außenwahrnehmung Berlins verändert sich aktuell. Das Magazin *Rolling Stone* hat kürzlich getitelt, dass Berlin „over“ sei - nicht weil keine Leute mehr nach Berlin kommen, sondern weil die Falschen kommen. Dies steht natürlich im Widerspruch zu den genannten Zahlen. Entscheidend ist, was hier passiert: Wenn ein Ort wie das Berghain auf einmal nicht mehr als „cool“ wahrgenommen wird, sinkt damit der Wert der Stadt als Gesamtattraktion, nur weil ein Club nicht mehr das Untergrundversprechen einhält, dass er vielleicht mal hatte.

Drei Qualitätsmerkmale sind hier zu beachten:

1. Durch Tourismus und seine Nebeneffekte verändert sich das Stadtbild. Die konfliktbeladene Seite des Tourismus bezieht sich vor allem auf das, was in der Wissenschaft mit dem Begriff „Komodifizierung“ beschrieben wird. Das heißt, dass gesellschaftliche und kulturelle Bereiche, die vormals eher nicht konsumierbar waren, plötzlich konsumierbar werden und zunehmend auf Konsum ausgerichtet sind. Dies heißt wiederum, dass die Orte selbst sich verändern. Der Tourismus in Berlin lebt heute immer noch von dem linksalternativen Mythos in Kreuzberg oder von der gayfreundlichen Umgebung Schönebergs und diese Bilder drohen zu einer Kulisse zu werden. Die Gefahr besteht darin, dass der Flair einer Gegend zum touristischen und konsumierbaren Gut wird.
2. Menschen sind in der eigenen Stadt auch Touristen. Das Phänomen der Komodifizierung wird auch als "Tourist Gaze" bezeichnet. Es geht darum, dass sich die Wirklichkeit den Vorstellungen der Touristen anpasst. Und der „Tourist Gaze“ hat noch eine weitere gesamtgesellschaftliche Konsequenz: Die touristischen Muster und Verhaltensweisen verbreiten sich derart, dass auch Menschen, die wir eigentlich nicht als Touristen zählen, nämlich die Bewohner einer Stadt, sich als Touristen an den touristischen Orten aufhalten und dort bestimmte kulturelle Angebote wahrnehmen und diese auch erwarten. Eine Abschlussarbeit eines Studenten der HU zeigt, dass von den Besuchern, die an einem Abend im Wrangelkiez unterwegs sind, 25 % Touristen sind und 75 % kiezansässig oder Berliner. Diese Erkenntnis ist wichtig, um zu wissen, welche Gruppen in Projekten zur Befriedung von Kiezkonflikten angesprochen werden sollen.
3. Berlin reiht sich in die Städte ein, die sich am globalen Markt für Tourismus positionieren. Clubs und Gastronomie haben als Teilbereiche des Tourismus eine gesamtstädtische Funktion. Es gibt den Zusammenhang zwischen einer zunehmenden ökonomischen Entwicklung und der Zunahme des Tourismus einer Stadt. Der Tourismus nimmt in den Stadtteilen zu, die auch ökonomisch erfolgreicher sind. Berlins Kieze machen jedes Wochenende viel mit und bleiben dabei trotzdem entspannt. Berlin wirbt mit dieser Haltung. Von daher erfüllen natürlichdie gastronomischen Einrichtungen und Clubs der Stadt vor allem auch eine gesamtstädtische Funktion, trotz einer lokalen Häufung wie z.B. in Friedrichshain-Kreuzberg. Dort, wo sich die Stadt in positiver Hinsicht auf die Clubkultur in ihrer Vermarktung bezieht und mit einzelnen Einrichtungen sehr viele Besucher angelockt werden, muss sich natürlich auch die gesamte Stadt an den Kosten für diese Einrichtungen in den Bezirken beteiligen.

Die Nutzungskonflikte bestehen im Spannungsfeld zwischen Stadtökonomie und einer boomenden Night-Economy und sie werden immer mehr. Die Ursache dieser Konflikte sind gesamtstädtischer Natur und es sind nicht nur irgendwelche Easyjetsetter aus bestimmten Ländern, die den Tourismus ausmachen, sondern vielmehr auch Berliner, die diese Attraktivität der Kieze als Ausgehmeile genauso zu schätzen wissen. Die Kieze mit ihrer Attraktivität haben eine enorme strategische Bedeutung für das Marketing Berlins. Die Bezirke können hier weder fachlich noch finanziell alleingelassen werden bei der Entwicklung geeigneter Instrumente und

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

neuen Methoden, um mit dem Tourismus in den Wohnquartieren umzugehen.

Frau Nana Rebhan, Dokumentarfilmerin: TOURISMUS ALS KULTURELLES PHÄNOMEN: Trailer + Statement zum Film „Welcome- goodbye“ – Dokumentarfilm über den Tourismus in Berlin

Weitere Infos: www.welcomegoodbye.de/

Der Film stellt die Frage: „Wer ist eigentlich ein Berliner und wem gehört die Stadt?“ Er wendet sich an Berliner und an Touristen und an die, die sich für Berliner halten. Wir begleiteten Berliner und sechs Touristen aus sechs verschiedenen Ländern. Das ist ein wichtiger Bestandteil des Films, es sollte keine einseitige Perspektive vermittelt werden. Überraschend ist der Widerstand gegen Touristen aus einigen teils linken Kreisen: „Refugees welcome! Tourists piss off!“. Die Widerständler sind selber meist in Berlin geboren und beanspruchen ihren Kiez für sich, was ein Paradox darstellt. Touristen sind auch Menschen und warum heißt man die einen willkommen, die anderen nicht? Diesem Paradox nähert sich der Film an. Es gibt nicht viele, die vor laufender Kamera ihre Kritik äußern oder auch sagen, wie wichtig Tourismus für diese Stadt ist. Ab Ende Mai läuft der Film im Kino *Movimento* und im *Central*, im Einzugsgebiet Kreuzberg und an touristischen hochfrequentierten Orten. Nach den Vorführungen gibt es Diskussionsrunden zu diesem Thema mit Experten.

Malena Medam, Kulturmanagerin, Kulturwissenschaftlerin und Kulturwirtin bei der ClubCommission

Die ClubCommission Berlin e.V. ist ein seit dem Jahr 2000 eingetragener Verein unter dem Dachverband der Berliner Clubs und Party-Veranstalter. Der Verein dient als Sprachrohr der Berliner Clubszene und unterstützt seine Mitglieder bei den unterschiedlichsten Themen. Gefördert vom Musicboard Berlin hat die ClubCommission Berlin e.V. eine „Pop im Kiez-Toolbox“ entwickelt. Die Toolbox besteht aus der Homepage http://www.kiez-toolbox.de/. Zielgruppe sind hauptsächlich Clubbetreiber und Party-Veranstalter. Sie finden auf der Seite Informationen, Checklisten und Lösungsansätze zur Verbesserung der Kommunikation bei Problemen im Kiez. Es werden Experten vermittelt, Adress-Datenbanken sind abrufbar und es gibt Tools, die von baulichen und technischen Maßnahmen wie Schallschutz bis hin zu kommunikativen und kreativen Maßnahmen reichen. Im Rahmen des Projekts werden Workshops und Panels veranstaltet, gemeinsam mit der Zielgruppe Probleme und Lösungsansätze analysiert und Best-Practice-Beispiele ausgesucht. Es gibt eine Pfandsammler-App, Beratungsgutscheine werden vermittelt und Experten der Themen Müll und Lärm werden hinzugezogen. Die ClubCommission unterstützt zudem zusammen mit lokal.leben ein weiteres Projekt, mittlerweile im zweiten Anlauf: Es handelt sich um eine Pantomime-Truppe, die nachts zu den Stoßzeiten vor die Clubs geht und auf kreative und charmante Art und Weise auf das Ruhebedürfnis der Anwohner aufmerksam macht. Das Projekt läuft bereits erfolgreich in anderen Städten wie Paris und Barcelona läuft und befindet sich in fünf weiteren in der Entstehung. Die Finanzierung läuft über Sponsoring und ist auf Grund seiner Extravaganz sehr pressewirksam. Zur Umsetzung werden noch Partnerorganisationen gesucht.

Ein eher technisches Tool ist das besondere Schallschutzfenster: eine Konstruktion, welche zum Lüften gekippt werden kann und bei der der Schall draußen bleibt. Gut für Bars und Clubs, aber auch für empfindliche Anwohner. Ein aktives und aktuelles Tool ist das Open-Air-Kit. Ein erster Part ist der Veranstalterpass. Er wird zusammen mit 80 jungen Veranstaltern erarbeitet, die nicht aus gewerblichen Motiven sondern aus Idealismus Par-

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

tys im Sommer veranstalten und vermehrt gebeten werden, ihre Zelte abzubrechen. Aufbauend auf rechtlichen Grundlagen wurde eine freiwillige Selbstverpflichtung zum Schutz der Anwohner und der Umwelt entwickelt und diese in Workshops weitervermittelt. In der zweiten Phase des Projekts, welche der Annäherung der beteiligten Parteien dient, gibt es eine „Putzparty“ im Park gemeinsam mit Anwohnern, Open-Air-Veranstaltern und den Verwaltungen des Bezirks.

Die ClubCommission stößt auf das gleiche Problem wie viele andere auch. Die Problemlage ist klar: Es wird enger. Wir brauchen die Touristen, wir brauchen auch gerade die jungen Party-Touristen, Berlin kann nicht einfach nur leiser werden. Die Clubs, die dieses „Berlin Feeling“ vermitteln, müssen geschützt werden, aber auch die Anwohner. Es gibt zwar Lösungsansätze, allerdings fehlen die Gelder zur Umsetzung, zum Beispiel für das Schallschutzfenster. Dieses Problem kann nicht auf Bezirks- sondern muss auf Senats- und Landesebene gehoben werden.

Sabine Büchau, Kiezbürger Graefekiez

Als Anwohnerin im Graefekiez gibt sie eine Stellungnahme zur aktuellen Situation vor Ort: Zu beobachten ist eine drastische Zunahme gastronomischer Betriebe und eine ausufernde Außenbewirtschaftung in den letzten Jahren. Es gab Nutzungskonflikte zwischen Fußgängern und Gastronomen, man kam an einigen Stellen nicht mehr durch und erntete böse Blicke, wenn man sagte: „Sie könnten ja mal beiseite rutschen.“ Mit einem Kinderwagen war an manchen Stellen kein Durchkommen mehr. Neben den gastronomischen Betrieben gibt es eine Zunahme an Spätkäufen. Die Lärmbelastung geht auch von den Gruppen aus, die durch den Kiez ziehen und ihr billiges Bier beim Spätkauf kaufen. Durch die Räumung der Admiralsbrücke um 22:00 Uhr finden sich im Anschluss alle im Graefekiez ein, was eine zusätzliche Steigerung des Lärms und der Verschmutzung mit sich bringt. Dies hat zur Konsequenz, dass die Straßenreinigungsgebühren angehoben worden sind, da durch die zusätzliche Verschmutzung die Reinigungsklasse erhöht ist. Der Mangel an öffentlichen Toiletten trägt ebenfalls dazu bei. Die ursprünglichen Bewohner werden verdrängt. Sie ziehen weg, weil sie die „Schnauze voll haben“. Die hohe Fluktuation der Anwohner verhindert eine Identifikation mit dem Kiez. Die Generation U30 beherrscht das Straßenbild. Alteingesessene Anwohner stellen sich die Frage: "Dürfen wir da nicht mehr wohnen?“

Die Anwohnerinitiative hat sich im Jahr 2010 während des Mediationsprozesses zwischen den Anwohnern und den Gastronomen gegründet. Mit einem offenen Brief sollte ein Dialog, ein Konsens zwischen den Parteien hergestellt werden. Leider sind nach einer Anfangseuphorie viele Gastronomen wieder abgesprungen und die Initiative ist im Sand verlaufen. Die Situation stagniert, einige halten sich zwar noch an die getroffenen Vereinbarungen, aber es geht nicht mehr voran. Auch der Kontakt zum Bezirksamt nützte nicht viel. Das einzig wirkungsvolle, was der Gruppe allerdings sehr schwer gefallen ist, war eine Anzeige. Ein Einzelfall, der dazu geführt hat, dass einer Kneipe die Sondernutzungsgenehmigung für nach 22 Uhr entzogen wurde. Durch diesen Fall hat sich eine Art Problembewusstsein im Bezirksamt und bei der Polizei entwickelt. Eine große Hilfe war der direkte

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Kontakt zu den entsprechenden Mitarbeitern und Stadträten im Bezirksamt. Durch den persönlichen Informationsaustausch konnten Probleme direkt angesprochen werden und die Beteiligten fühlten sich nicht mehr ganz so allein gelassen. Die Initiative hofft weiterhin, dass die Regelung für die Sondernutzung novelliert wird, den Gastronomen bekannt gegeben wird und diese konsequent kontrolliert und zur Einhaltung gezwungen werden. Zu wünschen wäre eine bessere Kooperation der einzelnen Verwaltungen oder bereits der an der Genehmigung gastronomischer Betriebe beteiligten Verwaltungen, damit nicht erst gewartet wird, bis es zu einem Konflikt kommt. Die beiden Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung zum Schutz der vielfältigen Gewerbestruktur und zur Verhinderung der gastronomischen Monokultur - sozusagen ein Milieuschutz für den Kiez - sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Nicole Ludwig, MdA, Mitglied und Sprecherin für Wirtschaft, Haushalt und Tourismus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus

Stellungnahme aus dem Abgeordnetenhaus:

Die Grünen arbeiten aktuell im Abgeordnetenhaus zum Thema Tourismus. Die Grüne Fraktion hat bereits vor vier Jahren im Wrangelkiez eine Veranstaltung mit dem Titel „Hilfe, die Tourist kommen!“ organisiert. Die Probleme, die damals aufgezeigt wurden, sind immer noch präsent und haben sich zum Teil sogar verschlimmert. Zitat Herr Ströbele hierzu: „Nicht jeder profitiert vom Tourismus, man muss eben auch die andere Seite sehen“. Es ist allerdings schade, dass gerade die Leute, die Berlin zu dem gemacht haben, was die Touristen so anzieht, nun genau die werden, die jetzt vertrieben oder geschädigt werden.

Frau Ludwig ist die einzige Abgeordnete aller Fraktionen, die das Wort Tourismus mit im Titel trägt. Die Grüne hat ein besonderes Augenmerk darauf, was die Vereinbarkeit von Touristen und Berlinern/Anwohnern angeht. Im Hauptausschuss wurde über Tourismus gesprochen, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu Ferienwohnungen in Wohngebieten einzudämmen. Es gibt eine Zweckentfremdungsverbots-Verordnung, die in ihrer Form jedoch nicht umsetzbar ist, weil das Gesetz zu spät greift und die Bezirke mit zu wenig Personal ausgestattet sind. Die letzten Haushaltsberatungen, in der die Gelder für 2014 und 2015 beschlossen wurden, sind abgeschlossen. Hier wurde auch die fünfprozentige Citytax beschlossen, also die Abgabe von Touristen, die in Hotels übernachten. Was wird denn mit dem Geld gemacht, was passiert denn damit? Und wäre es nicht sinnvoll, dieses Geld zu verwenden, um es in diesen Kreislauf zurückzuführen? Eben beispielsweise um den Akzeptanzerhalt zu steigern, um den Bezirken Geld zu geben, um vor Ort einfach etwas machen zu können, um das Zusammenleben mit Touristen zu verbessern?

Die Grünen hatten konkrete Anträge gestellt, dass ein Drittel der Gelder aus der Citytax für diesen Bereich genutzt werden sollte und dass in den Bezirken Tourismusbüros entstehen sollen, die sich genau mit diesen Fragen vor Ort befassen. Leider wurden die Anträge abgelehnt. Die Gelder aus der Citytax werden einfach in den Haushalt wandern. Hinter den Kulissen wird gesagt, dass die Koalitionsfraktionen überlegen, auf einem anderen Weg eventuell doch einen Teil zu übernehmen, dies ist aber noch im Prozess. Es gibt auch einen inoffiziellen runden Tisch Tourismus in Berlin, mit DeHoGa (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband), Willy Weiland, dem Regierenden Bürgermeister, der Wirtschaftsverwaltung und ein paar touristischen Großplayern der Stadt. Auch dort hat man erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Es geht nicht nur darum, dass sich alle wohl fühlen, sondern auch darum, den Tourismus langfristig in der Stadt zu halten. Der Tourismus in Berlin braucht die Akzeptanz aller Berlinerinnen und Berliner, er soll attraktiv bleiben für die Stadt. Ein Konzept hierzu wird erarbeitet.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Die Grünen haben im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf zum Thema „Business Improvement District“ angeschoben. Dabei geht es um Gewerbevielfalt oder Gewerbeeintönigkeit, die sich entwickelt, wenn Gebiete touristisch übernutzt werden. Um das zu verhindern kann dieser Gesetzentwurf von Nutzen sein. Er ermöglicht es den Gewerbetreibenden und Anwohnern in einem Kiez, in einer Geschäftsstraße oder in einer frei definierten, abgesteckten Umgebung sich zusammenzuschließen und Ziele zu vereinbaren. Kieze wie der Graefe-, Wrangel-, Bergmannkiez oder die Oranienstraße stecken sich gemeinsame Ziele und können gemeinsam handeln und Leitlinien entwickeln und das in einer sehr verbindlicheren Form als das bisher über so genannte Geschäftsstraßen-AGs möglich war.
Wenn man in einem bestimmten Bereich einen Business Improvement District gründet werden alle Anrainer dort zum Mitmachen verpflichtet. In anderen Bundesländern wird dies bereits sehr erfolgreich umgesetzt. Im Mai soll dieser Gesetzesentwurf im Abgeordnetenhaus mit dem Wirtschaftsausschuss beraten werden. Es gibt dort seitens der Koalition, also der Regierungsfraktion, positive Rückmeldung. Der Entwurf wird dann nicht ganz so aussehen wie der grüne Antrag, aber etwas abgewandelt in die Richtung gehen. Es bleibt zu hoffen, dass wir bis zur Sommerpause einen Gesetzentwurf vorliegen haben, damit wir den gesamten Bereich Gewerbevielfalt unter Einbeziehung der Anwohner und Anwohnerinnen abdecken und die Kieze in dieser Richtung positiv entwickeln können.
Ein weiteres wichtiges Thema in einigen Kiezen ist der Wassertourismus. Es gibt die großen Dampfer, die zum Teil zur Belästigung geworden sind, und es gibt kleine Schiffe, die durch gute Lobbytätigkeit der großen von der Spree verdrängt werden sollen. Auch hier wird an einer Lösung gearbeitet.

Michael Näckel, Inhaber Restaurant Papaya und seit über 10 Jahren Bezirksbeauftragter der DeHoGa für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

Seit 1999 sind wir mit zwei Läden in Friedrichshain-Kreuzberg ansässig und somit unmittelbar betroffen von der Entwicklung der letzten 15 Jahre.
Von 1995-2002/2003 gab es kaum touristische Infrastruktur in Friedrichshain. Im Simon-Dach-Kiez zur Mittagszeit etwas zu essen zu finden war nahezu unmöglich. 1995/1996 gab es einen Beschluss des Bezirksamtes, den Leerstand in der Simon-Dach-Straße zu beseitigen und eine Gastromeile zu etablieren. Die Straße bot sich hierfür auf Grund ihrer breiten Bürgersteige, der schönen Bäume und attraktiven Fassaden an. Es haben sich sehr viele Gastronomen dort angesiedelt und durch die fehlende Steuerung des Bezirksamtes eskalierte es im Jahr 2002/2003. Um der zunehmenden Lärmbelästigung (die Gastronomen stellten Lautsprecher in die Fenster) und die vollbesetzten Gehwege (teilweise war ein Weiterkommen unmöglich) entgegenzuwirken gründete sich die Bürgerinitiative „Die Aufgeweckten“. Mit einem Clearing-Verfahren und diversen weiteren Verabredungen kam es in der Zeit von 2002/2003 bis 2010 zu einer Art „Modus vivendi“.

Weitere Hostels und Hotels haben in den letzten Jahren aufgemacht und die Anzahl der Touristen vergrößerte sich. Im Jahr 2010 fing die gesamte Stimmungslage in diversen Quartieren an zu kippen. Es gab Parolen wie „Touristen raus“, „Wir wollen keine Touris haben“ oder „Touri Go Home“. Dies führte zu sehr differenzierten Diskussionen über das Thema Tourismus und Akzeptanz zwischen den verschiedenen Akteuren.
Berlin lebt vom Tourismus. Er ist eine der wichtigsten Industriezweige der Stadt und perspektivisch gesehen werden die Touristenzahlen in den Bezirken weiter zunehmen. Tragfähige Kompromisse sollten daher mit allen beteiligten Parteien geschlossen werden.
Die Nutzung der gastronomischen Einrichtungen bzw. der Kieze ändert sich. 2002/2003 konnte gezielt etwas

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

gegen den Lärm, der aus Gaststätten oder aus Clubs herauskam, getan werden. Die Gruppen von Touristen, die durch die Kieze ziehen, sind in klassischer Weise keine Gäste. Sie konsumieren ihre bei den zahlreichen Spätis gekauften Getränke auf der Straße, feiern und urinieren im öffentlichen Raum. Gigantische Ausmaße nimmt das im Bereich der Revaler Straße an. Die Betreiber von Gastronomie können hierauf keinen unmittelbaren Einfluss nehmen, auch wenn sie durch eine Nebenbestimmung verpflichtet sind, im Umkreis von 7 m einer Gastronomie dafür zu sorgen, dass es sauber bleibt. Alles außerhalb der 7 m liegt nicht mehr in ihrer Zuständigkeit, hier muss eine andere Regelung gefunden werden.

Letztes Jahr haben sich die Gastgeber im Friedrichshainer Südkiez zusammengesetzt, um eine Lösung zu finden. Ein Aspekt ist die strikte Einhaltung der Nebenbestimmungen, auch von denjenigen, die eine Sondernutzung oder eine Ausnahmegenehmigung haben. Eine weitere Idee sind Maßnahmen, die direkt auf das Verhalten von Touristen und Gästen Einfluss nehmen wie Aufhänger in den Schaufenstern und direkte Ansprache durch das Servicepersonal. Ausreichend Infrastruktur in Form von Toiletten und Müllsammelbehältern sollen bereit gestellt werden. Das Problem ist mehrschichtig und kann nur gemeinsam gelöst werden. Eine weitere Idee ist die Kiezengel-Initiative, eine Animationstruppe, die des Nachts direkt und unmittelbar mit den Gästen in Kontakt tritt. Ähnlich der aus Frankreich importierten Pantomimen-Gruppe der ClubCommission. Die Touristen sollen nicht nur mit Verboten konfrontiert werden - sie sollen sensibilisiert werden, ohne dass der Spaß auf der Strecke bleibt. Um dies sinnvoll umsetzten zu können, muss ein sehr breites Bündnis mit allen Beteiligten geschmiedet werden: mit Reiseveranstaltern, dem Beherbergungsgewerbe, den Gaststätten, die Clubs usw. Es muss wirkliche Kernarbeit geleistet werden.

Jeder Gewerbetreibende, insbesondere wenn er im Bereich Tourismus sein Geld verdient, sollte sich an diesen Initiativen beteiligen, denn langfristig gut wirtschaften gelingt nur, wenn eine Perspektive besteht.

Das Projekt lokal.leben und der Runde Tisch Tourismus sind Schritte in die richtige Richtung. Die DeHoGa möchte aktiv zur Lösungsfindung beitragen und freut sich über die Abnahme der Konfrontationshaltung, wie beispielsweise Anzeigen wegen Lärmbelästigung. In der Gemeinsamkeit liegt der Schlüssel zur positiven Veränderung, auch wenn es Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich ihrer verwehren. Hier können dann ordnungsrechtliche Maßnahmen und die entsprechenden Konsequenzen eine augenöffnende Wirkung und eine Beteiligung an Kompromissen erzielen.

Ricarda Pätzold, Stadtforscherin: Die Mediterranisierung der Städte – Trends, Ursachen und Folgen

Der Tourismus hat nicht nur ein Akzeptanzproblem, er hat auch ein Beschäftigungsproblem, denn Industrie ist ein viel dankbareres Thema, wenn es um Arbeitsplätze geht. Tatsache ist, dass der Tourismus viele niedrigschwellige Arbeitsplätze in der Stadt sichert.

Pauschal über Touristen zu reden ist nicht richtig. So gibt es beispielsweise auch in Dresden sehr viele Touristen, aber die sind größtenteils aus der Altersgruppe 60+ und benehmen sich dementsprechend in der Stadt ganz anders und nutzen andere Lokalitäten. Dies führt natürlich zu einem anderen städtischen Gesamteindruck.

Das Thema in Berlin ist: „Wer benimmt sich wie und was ist wie akzeptiert?“ In den siebziger Jahren saß man auch an heißen Sommertagen noch im Eiscafé und nicht vorm Eiscafé. Verstärkt etabliert sich eine Außenkultur und diese Mediterranisierung verändert die Stadtnutzung und das Stadtbild. Dies ist das eigentliche Kernthema. Die Renaissance der Innenstadt ist eine positive Entwicklung. Städte waren noch nie so ordentlich, so sauber, so gesund. Aber trotzdem ist die Empfindung eine andere, die Ansprüche steigen. Es gilt eine Balance zu finden, es

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

muss authentisch sein, die Quartiere müssen Quartiere bleiben, mit allen Gruppen, die dort wohnen und es muss vor allen Dingen ruhig sein. Ruhe und Leben, das ist ein Widerspruch in sich.
Viele Schutzverordnungen, wie nicht mehr drinnen sondern draußen rauchen, bringen natürlich auch Verstärkungseffekte mit sich. Seit Anfang der 90er-Jahre sind die Auseinandersetzungen mehr und grimmiger geworden, aber auch die Dialogbereitschaft nimmt immer weiter zu.

Als Beispiel: Prenzlauer Berg. Jetzt als spießig anerkannt und kaum noch mit Konflikten behaftet, gab es in den 90ern genau diese Diskussionen über Kneipisierung - Mitte war in Gefahr. Jetzt ist dort eine Einzelhandel-Luxusisierung mit Shopping-Begleit-Gastronomie entstanden, die pünktlich 20:00 Uhr schließt. Und alle sind unzufrieden. Es ist schwer, den richtigen Nutzungsmix vorzuschreiben, deswegen sind die BIDs eine richtige Idee. Die Eigentümer in die Diskussion einschließen ist sehr wichtig, um hier weiterzukommen.
Auch gibt es keine gleichmäßige Ansiedlung touristischer Unterkünfte. Das eigentliche Hotelquartier von Berlin war im Jahr 2006 noch Charlottenburg. Seitdem sind eine Menge Hotels dazugekommen: in Mitte, Pankow, im Bereich um den Gendarmenmarkt, in der Friedrichstraße, Chausseestraße, um den Hauptbahnhof. Es wird ein Hotel nach dem anderen gebaut, um es wirtschaftlich maximal auszunutzen mit steigender Zimmerzahl. In den letzten Jahren gab es z.B. in Friedrichshain-Kreuzberg eine Steigerung von 100 auf 1000 Unterkünfte. In Pankow wird es schon wieder weniger. Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stagniert es im Vergleich. Man kann nicht auf eine gleichmäßige Verteilung in den Bezirken setzen. Es wird so weitergehen und deswegen wird es auch immer Nutzungskonflikte geben. Doch das macht eine Innenstadt aus, das Gegenteil wäre die Verödung. Dies sollte immer beachtet werden.
Thema Freisitze und die Verteilung von drinnen und draußen. Man kann mit der Daunenjacke im Winter verhüllt draußen sitzen und rauchen, was wiederum eine Folgeketten nach sich zieht – Lärm usw. Am Beispiel der genehmigten Schankvorgärten in Pankow sieht man deutlich die Häufung am S-Bahn-Ring, stadtauswärts bricht das sofort ab. wIn Kreuzberg ist die Verteilung von Innen- und Außenplätzen eigentlich gleich. Ein Gastronom, der keine Außenplätze hat, hat den absoluten Wettbewerbsnachteil. Bei der Planung von Nutzungen sollte auch diese Raumnutzung berücksichtigt werden.

Diskussion

Wie weiter mit touristischen Nutzungen in Berliner Wohnquartieren? Statements und Kommentare der Referenten und aus dem Publikum: Bürgerinitiativen, Politik, Verwaltung und Wissenschaft

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Stefanie Raab:
Ein wichtiger Aspekt zum Thema der Auswirkungen der touristischen Nutzung wurde noch nicht erwähnt: Gleichstellung und Barrierefreiheit.
Im Graefekiez z.B. werden Gehsteige zunehmend unpassierbar für jeden, der mit dem Kinderwagen oder Rollstuhl passieren will. Diese Gebiete sind für eine bestimmte Gruppe von Menschen fast nicht mehr nutzbar. Berlin entfernt sich gerade immer weiter von dem, was allgemein als Standard-Lebensqualität betrachtet wird. Sehr gute Lösungsansätze dazu gibt es in Amsterdam, wo Sicherheit und Lebensqualität entscheidende Faktoren sind, um sich für einen Standort zu engagieren. Diese Themen müssen auch bei uns weitertransportiert und bearbeitet werden, es sind die zentrale Schlüsselthemen der vier Innenstadtbezirke für die nächsten Jahre. Die Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Stadtentwicklung sollte die Bezirke mit Budgets ausstatten, damit man daran arbeiten kann.

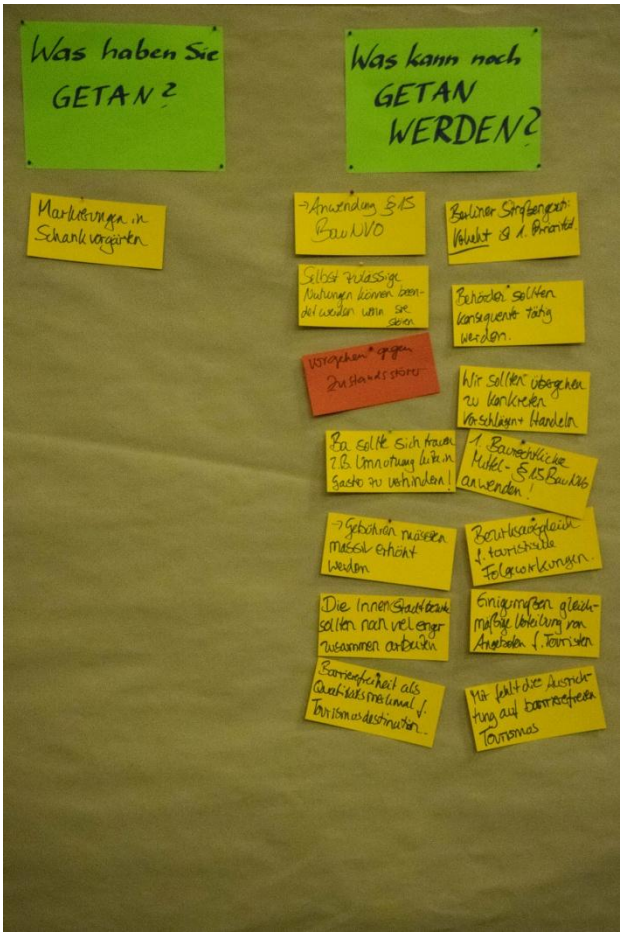
Lokal.leben ist durch Entscheidungen und Fördermittel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung möglich geworden, bislang leider ohne ausreichendes Feedback. Die Herausbildung klarer Strukturen und Ansprechpartnern, die auch Verantwortung übernehmen für dieses Thema - das wäre ein wichtiger nächster Schritt. Im Rahmen des Projekts lokal.leben wird eine Broschüre herausgegeben in welcher sichtbar ist, wie vielfältig und kreativ die Handlungsansätze sind. Ein Weiterkommen mit der Problematik hängt davon ab, welche Mächte sich dem Thema annehmen und mit welchen Mitteln sie ausgestattet sind.

Carola Ludwig, Anwohnerinitiative Simon-Dach-Kiez:
Die Initiative, gestartet im Sommer 2012 im Simon-Dach-Kiez, besteht aktuell leider nur noch aus einem riesigen E-Mailverteiler. Herr Dr. Beckers hat sie sehr unterstützt, leider ohne den gewünschten Erfolg.
Der Simon-Dach-Kiez ist Wohngebiet und hat an Ecke Revaler/Simon-Dach-Straße ein größeres Lärm-Problem als der Graefekiez mit seiner Admiralsbrücke. Frau Ludwig lebt seit 20 Jahren in derselben Wohnung an genannter Ecke. Um 24 Uhr beginnt hier die Party - jede Nacht. Die Anwohner fühlen sich nicht ausreichend ernstgenommen, ihnen bleibt nur die Flucht. Sie fragen sich: „Was ist eigentlich mit diesen Menschen los?“ Unabhängig davon, ob es nun Berliner, Spanier oder US-Amerinkaner sind - es ist alles nur noch „gaga“ und das wiederum hat damit zu tun, was sich diese Stadt selber auf die Fahnen geschrieben hat. Die Werbung unseres Bürgermeisters „arm aber sexy“ befürwortet diese Richtung noch.
Die Kreativwirtschaft und die alternative Clubkultur wurden in den Anfangszeiten stark gebremst, so stand zum Beispiel das Umweltamt bzw. das Ordnungsamt beim soziokulturellen Verein des RAW-Tempels immer sehr schnell „auf der Matte“. Die Gastronomen hingegen können fast tun und lassen, was sie wollen…
Wichtig ist, dass die Menschen miteinander sprechen, die Gastronomen ganz vorne. An Regeln hält sich hier keiner. Außenbewirtschaftung, Gehwege Freiräume, Notdurft im Freien, Drogenumschlagsplatz… Vor allem das Drogen-Thema müsste noch verstärkt angesprochen werden.

Herr Hertig, Anwohner Görlitzerstraße, Kreuzberg:
Oranienstraße und Simon-Dach-Straße sind touristische Trampelpfade, 24 Stunden am Tag mit mannigfaltigen Störungen unterschiedlicher Art. Erschreckend ist, dass den Behörden die Sachlage klar ist. Es gibt eine umfangreiche Aktenlage und wir leben in einem Rechtsstaat. Die Gastronomen und die Hotelbetriebe haben ein Interesse daran, dass sie wirtschaften können und Geld verdienen. Aber auch jeder Anwohner hat das Recht, von einer Behörde in einem Rechtsstaat zu verlangen, dass er Störungen abstellt. Das Berliner Straßengesetz und die Baunutzungsverordnung werden nicht angewendet, weil es politisch nicht gewollt ist und weil die Verwaltung viel-

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

leicht personell nicht die Ressourcen hat. § 15 der Baunutzungsverordnung in Deutschland in Verbindung mit dem Baugesetzbuch § 1 schreibt vor, dass dort, wo selbst zulässige Nutzung zu Störungen führt, diese nicht mehr erlaubt werden bzw. nicht mehr genehmigt werden müssen. Das heißt, in Anwendung des § 15 Baunutzungsverordnung könnte man in Berlin eine übertriebene Zunahme oder Dichte von Gastronomiebetrieben abstellen und auch keine weiteren Gastronomiebetriebe mehr genehmigen.



Spätis werden quasi zu Gastronomiebetrieben indem sie durch die Sondernutzungserlaubnis fürs öffentliche Straßenland wie ein Gastronomiebetrieb funktionieren. Eine Gastronomie mit einer Größe von bis zu 50 m² muss trotz Schankerlaubnis keine Toilette haben. Auch hier hat das Bezirksamt die Möglichkeit einzuschreiten. Wenn es immer mehr zu Störungen kommt, dann werden für solche Spätis nicht mehr die gleichen Rechte eingeräumt wie für Gastronomiebetriebe. Die Behörden können auch für die Sondernutzungserlaubnisse im Straßenland Kriterien formulieren und Beschränkungen definieren. Das Berliner Straßengesetz sagt nicht, dass auf dem Straßenland alles gemacht werden kann, sondern es sagt, dass Straßenland sei für den Verkehr da. Es kann davon Ausnahmen geben, wenn das öffentliche Interesse, dass die Straße für den üblichen Verkehr genutzt werden soll, dadurch nicht in Frage gestellt wird. An der Ecke Görlitzer Bahnhof/Skalitzer Straße ist durch die Schankgartengenehmigung die Gehwegbreite mittlerweile bei 1 m bis 1,50 m, da kommt kein Kinderwagen mehr durch und nebenan ist auch noch ein schmaler Radweg. Es entstehen ständig Gefahren, es passieren Unfälle. Bei dieser Aktenlage könnten die Behörden durchaus tätig werden.

Herr Hertig ist der Ansicht, dass solche Veranstaltungen, wo immer wieder die Betroffenen um Verständnis bitten und betteln müssen, nach so vielen Jahren Erfahrungen eine Zumutung sind. Eigentlich dürfen solche Veranstaltungen nur noch dazu dienen, die Behörden zu fragen, wann und wie sie aktiv werden wollen.

Tom Schade, Gründungsinitiative WrangelkiezRat e.V., seit 25 Jahren wohnhaft im Wrangelkiez:

Herr Schade schließt sich seinem Vorredner an. Veranstaltungen, die dazu dienen, zu erzählen „Ja, ihr müsst euch zusammensetzen und verhandeln usw.“, solche Veranstaltungen bringen uns nicht weiter.

In Zukunft müssen explizite Vorschläge und konkrete Fragen angebracht werden. Das Projekt lokal.leben hat eine Zahlengrundlage produziert, um der Verwaltung und dem Bezirk eine Handlungsgrundlage zu ermöglichen. Um die Situation in den Griff zu kriegen sollten baurechtliche Mittel verwendet werden. Die Baunutzungsverordnung, das Baurecht ist nicht dazu da, in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen. Es soll die Städteplanung garantieren, d.h. es soll sicherstellen, dass die Menschen, die in der Stadt wohnen, friedlich zusammen leben können. Aus diesem Grund gibt es bestimmte Planungsgebiete, z.B. ein allgemeines Wohngebiet wie im Wrangelkiez.

Laut Gesetzgeber sind im Allgemeinen Wohngebiet neben der Funktion des Wohnens solche Gewerbebetriebe zulässig, die der Nutzungsart Wohnen dienlich sind. Also ein Laden, auch eine Kneipe usw. In diesen Ballungsge-

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

bieten, um die es hier geht, hat sich das völlig verschoben. Ein Beispiel: Wenn es für Hauseigentümer wirtschaftlich attraktiv wäre, ihre Läden an Beerdigungsinstitute zu vermieten statt an Kneipen und auf einmal in der Falkensteinstraße acht Beerdigungsinstitute in den letzten zwei Jahren hinzugekommen wären, dann würde es jedem sinnfällig werden, dass das eigentlich eine Entwicklung ist, die nicht mehr dem Wohnen dienlich ist. Wenn sich das Gleiche auf dem Gebiet der Kneipen vollzieht passiert nichts. Das Bezirksamt sollte den § 15 der Baunutzungsverordnung dann anwenden, wenn ein Nutzen dieser Gewerbearten mit der Versorgung der dort lebenden Bevölkerung nicht mehr erklärt werden kann.

In vielen Gebieten besteht diese Situation und das ist der Grund, weshalb lokal.leben diese Zahlen erhoben hat und der Quartiersrat im Wrangelkiez auf der gleichen Grundlage eben solche Zahlen erhebt. Ob der Bezirk in der Lage ist, mit diesen Zahlen zu arbeiten, ist wegen Personalmangel nicht sicher. Einen konkreten Fall erarbeiten, wie z.B. die Verhinderung der Umnutzung einer Kita in ein Schankgewerbe, wäre jedoch denkbar. Hier muss der Mut gezeigt werden, diese Klage eventuell zu verlieren, wenn das Gericht der Meinung ist, in der Straße gäbe es noch nicht genügend Kneipen. Möglich wäre auch eine Ausweitung des Mietpreises auf die genutzten Außenflächen, da die Kneipen einen großen Teil ihres Umsatzes nicht in ihren Räumen, sondern außerhalb machen. Die Sondernutzungsgenehmigungen für den Außenbereich gelten für das gesamte Jahr und sind viel zu billig. Auch die Eigentümer verlangen mittlerweile so einen hohen Mietpreis, dass die Kneipen „gezwungen“ werden ihren Umsatz auch außerhalb der Kneipe zu erwirtschaften. Ein Appell ans Landesparlament: 12,50 € pro Quadratmeter, das ist völliger Unsinn. Die Bürger werden mit diesen Problemen allein gelassen, obwohl diese schon lange bekannt sind. Hier müsste angesetzt werden.

Ayse Yalcin, Inhaberin Café Dildile, Graefe-Kiez:
Genutzt wird der Außenbereich zwischen einem und drei Monaten im Jahr, bezahlt wird das ganze Jahr und das ist ein großes Problem. Gastronomen sind in der Regel gesprächsbereit. Die Gastronomen im Graefekiez haben das Problem schon frühzeitig erkannt, haben beim Nachbarschaftshaus um Hilfe gebeten und haben bei lokal.leben gelernt, wie man Anwohner und Gastronomen zusammenführt. Auch Gastronomen sind lernbereit. Bei einigen dauert es ein bisschen länger, aber im Endeffekt ist uns die Situation genauso klar. Es ist sehr gefährlich, diese Schiene zu fahren und um 22:00 Uhr die Terrasse zu schließen. Die Behörden sollen in Aktion treten.

Julian Schwarze, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg:
Das Thema Tourismus muss ressortübergreifend betrachtet werden, nicht nur aus wirtschaftspolitischer oder nur aus ordnungspolitischer Sicht. Stadtentwicklung muss mitdenken, die Umwelt muss beachtet werden und es müssen endlich Lernaspekte auftreten, Konflikte gar nicht erst aufkommen zu lassen. Kieze sollen in ihrer Vielfalt erhalten bleiben und sich nicht zu monostrukturell entwickeln.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Die Bezirksverordnetenversammlung hat das Bezirksamt schon einige Male zum Handeln und zur Anwendung des § 15 der Baunutzungsverordnung aufgefordert. Dies wurde teilweise auch gemacht, aber leider oft nicht zügig genug. Dieses Instrument muss eingesetzt werden, um genau solche Strukturen, wie sie hier mehrfach beschrieben wurden, zu verhindern. Die Kiezvielfalt, dieses authentische, soll erhalten bleiben. Ohne diese verliert die Stadt einen großen, wichtigen Anreiz.
Tourismus ist eine Chance für diese Stadt, wenn wir ihn richtig gestalten und dafür sind genau solche Konferenzen wichtig. Das Problem, wird oft nur von den Innenstadtbezirken wahrgenommen. Die Handlungsnotwendigkeit auf der Landesebene fehlt, auch weil es dort die Maxime gibt „Immer mehr Touristen sind immer besser für die Stadt“. Die Bezirke und die Kieze werden mit den Folgen alleingelassen. Hier muss das Land eingreifen.

Martina Matischok-Yesilcimen, BVV Berlin-Mitte, Vorsitzende d. Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Ordnungsamt, Fraktionsvorsitzende der SPD:
Das Thema Tourismus wird im Ausschuss großgeschrieben. Allerdings gibt es in Mitte nicht den Touristen oder die Touristin. Die Menschen, die in die Bezirke kommen, werden sehr gerne gesehen und willkommen geheißen. Das erhöhte Tourismusaufkommen bringt auch Schwierigkeiten mit sich. Tourismusströme werden gefördert, trotz aller Baumaßnahmen werden die Flächen für die Weihnachtsmärkte zur Verfügung gestellt. Jedes weitere Hotel, jede Gastronomie der mittleren und der gehobenen Klasse wird gern gesehen, denn dort gibt es keine Schwierigkeiten. Die Bereiche Köpenicker Straße und das Nikolaiviertel sind Wohngebiete, nicht touristische Zentren. Hier gibt es Lärmbelästigung anderer Arten. Die Probleme, die es in Friedrichshain-Kreuzberg gibt, die gibt es hier allerdings auch. Das sind die schwarzen Schafe, die zwar in der Minderzahl sind, aber für so viel Ärger und Wirbel sorgen, dass es schwerfällt, Touristen zu akzeptieren.
Tourismus ist für Berlin sehr wichtig. Die Senatsverwaltung unternimmt sehr viel in den Bezirken. Leider sind die Ordnungsämter personell nicht ausreichend besetzt, wie es nötig wäre, hier ist noch Verbesserungspotential.
Thema Schankvorgärten. Es gibt einen Vorschlag zur besseren Kenntlichmachung der zu benutzenden Flächen. Eine Lackierung würde hier den zulässigen vom nicht mehr zulässigen Bereich markieren.
Damit die Bezirke noch stärker auf die Defizite eingehen können wäre ein Bezirksausgleich wichtig, damit die große Kaufkraft bzw. der Gewinn nicht nur in dem Bezirk bleibt, in dem er erwirtschaftet wurde.

Katrin Schmidberger, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, Sprecherin für Mieten und soziale Stadt, Sprecherin für Clubkultur:
Was Berlin auch ausmacht ist, dass es auch mal dreckig und laut sein darf - ohne dass hier Probleme kleingeredet werden sollen. Das Problem mit den Ferienwohnungen muss dringend angegangen werden. Schade ist, dass der Senat nicht ein sofortiges Verbot von Ferienwohnungen ausgesprochen hat, sondern erst mal den zweijährigen Bestandsschutz ermöglicht. Am allerwichtigsten wäre es, auch zweckfremde Nutzungen von Wohnungen dem Wohnraum zuzuführen, das würde ganz viele andere Probleme der Stadt lösen. „Tourismus ist ein Querschnittsthema“, deshalb ist es so problematisch zu bearbeiten, weil sich keiner so richtig zuständig fühlt. Gerade in der Stadtentwicklung ist das ein großes Problem.

Die Grüne Fraktion tauscht sich mit Stadtplanerinnen und Stadtplanern der TU Berlin über das Thema aus. Im Auftrag des Senats wurde vor einem Jahr eine Untersuchung zum Thema „Tourismus in Berlin“ gemacht und darauf aufbauend ein Tourismuskonzept erarbeitet. Das ist die Rolle, die die Landesebene einnehmen sollte. Keiner redet über die Qualität, es geht immer nur um die Quantität oder um die Frage, wie viel Geld ein Investor

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA WDM Berlin
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

oder ein Tourist in die Stadt bringt. Es wäre wichtig, dass sich Verantwortliche aus den Bereichen Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Kultur und vor allem auch Stadtentwicklungspolitik zusammensetzen und ein Tourismuskonzept erarbeiten. Die Politik hat hier Handlungsraum. Die Grünen sind grade dabei, dieses Thema anzugehen. Am Beispiel der Kulturpolitik der letzten Jahre wird sichtbar, dass die bisher ausgewogene Verteilung der Clubs und Museen sich immer mehr in Richtung Stadtmitte zentralisiert. Hier müsste angesetzt werden. Um den Tourismus wieder zu dezentralisieren könnte es z.B. Kulturangebote in Marzahn-Hellersdorf geben. Hier gibt es auch schon sehr viele positive Beispiele, Initiativen, gerade im Kultur- und Kunstbereich, aber auch bei der Clubkultur. Es sollte eine gleichmäßige Verteilung von Angeboten für Touristinnen und Touristen angestrebt werden. Clubbetreiber und auch Hotels, die besonders vom Tourismus profitieren, haben eine besondere Verantwortung. Gerade in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es viele Clubbetreiber, die diese Verantwortung wahrnehmen wollen, gemeinsam mit der ClubCommission wird auch bereits ein Konzept für Friedrichshain-Kreuzberg erarbeitet.

Herr Dr. Beckers:

Friedrichshain-Kreuzberg hat einiges getan, der § 15 soll in Zukunft anhand eines Präzedenzfalls durch die Stadtplanung angewendet werden. Die Ausschüsse aus Stadtplanung, Wirtschaft und Ordnungsamt haben dies deutlich eingefordert. Das Ordnungsamt wird zusammen mit dem Wirtschafts-Ausschuss der BVV weiter restriktiv das Thema Außenbestuhlung angehen. Es wurden bereits Bestimmungen erlassen und angewendet. Es gab dazu auch schon ein Gerichtsverfahren mit positivem Ausgang für das Amt. Der Vollzug der 22:00 Uhr-Regel kann nur durch bessere und enge Zusammenarbeit mit der Polizei vonstattengehen. Das Ordnungsamt kontrolliert zurzeit verstärkt im Ortsteil Friedrichshain, hier gibt es eine sehr ausgedehnte Parkraumbewirtschaftung. Auf lange Sicht soll dies auch wieder im Wrangel- und im Graefekiez erfolgen. Es wird darauf hingearbeitet, dass die Regelungen noch weiter verschärft werden. Gerade hängt die Diskussion noch im Wirtschaft-und Ordnungsausschuss.
Der heutige Ort der Veranstaltung ist sehr passend gewählt, es ist ein gesamtinnerstädtisches Problemfeld und wichtig, die Erfahrungen und Lösungsansätze aus allen Bezirken auszutauschen. Es geht darum, den Fokus aus dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Stück weit heraus zu holen und Parallelen zu anderen Bezirken, wie z.B. Pankow, zu erkennen. Die innerstädtischen Bezirke können in Kooperation mit dem Land einiges erreichen.
Im November gab es die erste Verwaltungsrunde mit den verschiedenen Bezirken und heute, quasi in der zweite Runde, streben wir eine Zusammenarbeit mit den Initiativen und den politisch Verantwortlichen an, um die Innenstadtbezirke stärker zusammenzubinden. Es soll nicht nur die eine Seite betrachtet werden, die ansteigenden Touristenzahlen, sondern vielmehr auch die andere Seite, nämlich die Folgewirkung von Tourismus und die Wichtigkeit, gemeinsam Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Sanli Bahar, GEKKO Graefe-Kiez, Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.:

Der § 15 ist sinnvoll, um die Symptome zu bekämpfen, aber das was fehlt, ist die Frage nach der Ursachenbekämpfung. Beispiel Graefekiez: Die hohe gastronomische Dichte besteht vor allem aus Betrieben, die auf eine ganz bestimmte Benutzergruppe zielen. Personen 60+, 40+ oder auch Personen mit Mobilitätseinschränkungen fallen durch das Raster. Ein einziger Gastronomiebetrieb im gesamten Graefekiez ist barrierefrei!
Wer ist denn diese Zielgruppe „die Touristen“? Ist es wichtig, die Konzepte den vorhandenen Zielgruppen anzupassen? Charlottenburg zieht eine andere Nutzergruppe an als das Schlesischen Tor oder der Graefekiez. Durch gezielte Steuerung könnten aus anderen Bezirken Nutzergruppen mit anderem Verhalten in die Kieze geholt werden. Auch junge Anwohner wohnen bestenfalls in 20, 30 Jahren noch im Kiez und sind dann sehr wahrscheinlich nicht mehr hip und Clubgänger. Es sollte von vornherein darauf geachtet werden, Gewerbeansiedlung für unterschiedliche Nutzergruppen zu berücksichtigen. Die Image-Kampagne für Berlin gilt nur für Partyleute, Spaß, Club, Generation U30, keiner denkt mehr an Charlottenburg. Aber Berlin ist nicht nur Kreuzberg, es ist Charlottenburg, Steglitz, Zehlendorf… Es werden nur ganz bestimmte Bezirke über eine Image-Kampagne nach außen hin gefördert.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung

Könnte nicht Barrierefreiheit ein Qualitätsmerkmal im Tourismus für Berlin sein? Wäre es nicht möglich, durch einen Imagewandel auch andere Nutzergruppen in die Stadtteil zu holen?
Beim Thema Lärm, Alkoholkonsum etc., welche die Nachbarschaft beeinträchtigen, geht es nur um eine bestimmte touristische Gruppe. Nach 24 Uhr sieht man an der Warschauer Straße niemanden mehr über 50. Wichtig ist zu sehen, wo die Ursachen liegen und nicht nur allein die Symptome zu bekämpfen, längerfristig Handeln.

Fred Kutzner, Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. Mitglied des Berliner Behindertenverbands und Mitglied vom Behindertenbeirat:
Bei allen Diskussionen über Tourismus fehlt die Ausrichtung auf barrierefreien Tourismus. Denn 2020/2030 werden Touristen mit Rollator kommen, mit Rollstühlen, die brauchen keine Clubs, die brauchen barrierefreie Übergänge und all dies wird nie angesprochen. Und wie der Landesbeauftragte für Behinderte Dr. Jürgen Schneider mal sagte „Barrierefreiheit ist eine Investitionen in die Zukunft“. Das kommt für uns als Anwohner gut und für die Touristen.

Sascha Hilliger, pro Prenzlauer Berg e.V., Tourstica und Hotelier, Mitglied Gremien visit.Berlin, DeHoGa:
Diese Problematik mit der Gastronomie hatten wir vor 30 Jahren am Savignyplatz. Ebenso im Prenzlauer Berg. Dort haben sich durch Eigentumswechsel 85 % der Einwohner ausgewechselt, d.h. es gibt eine ganz neue Klientel dort. *VisitBerlin* kümmert sich gerade sehr intensiv um Barrierefreiheit in Berlin, da gibt es auch eine große Kampagne, gerade vorgestellt auf der ITB. Verwunderlich ist, dass neue Genehmigungen für Gastronomie in einigen Bezirken keine Barrierefreiheit berücksichtigen müssen?
Das Land sollte die Bezirke stärker unterstützen. Die Tourismusabgabe ist aus Hotelier-Sicht ungerecht, weil der Einzelhandel auch von den Tagestouristen profitiert.
Wichtig wäre es, gerade die Bezirke, die sich durch ihre engagierte Wirtschaftsförderung stark für den Tourismus einsetzen und gleichzeitig auch die Lasten und den Frust haben, zu unterstützen. Vor zehn Jahren wurden mit EFRE-Mitteln Touristen-Informationen etabliert, um eben die einzelnen Bezirke zu unterstützen.
Der "Buhmann-Tourist" ist eigentlich ein geschätzter Besucher. Die Stadt und die einzelnen Bezirke sind Gastgeber und profitieren gleichzeitig vom Kulturaustausch und vom vielseitigen Angebot. Die Tourismusentwicklung und das besondere Standortmarketing im Prenzlauer Berg machte aus ehemaligen interessierten Touristen und Besuchern Einwohner. Standortmarketing ist für die Stadt, die Bezirke und den Einzelnen sehr wichtig.

Zusammenfassung

Betroffene Bezirke präsentierten Handlungsansätze und Lösungsmöglichkeiten zur Problembewältigung. Der Aspekt des **„Nachhaltigen Tourismus“**, welcher von einem Großteil der Bevölkerung gelebt wird, sollte in die eigene Stadt zurück reflektiert werden.
Es gilt, die Senatsverwaltung auf diese Handlungsstrategie und die dringenden Handlungsbedarfe aufmerksam zu machen. Da die Bezirksebene (der vier Innenstadtbezirke) mit der Problemlage überfordert sind und die nötigen Ressourcen fehlen, um das Problem konsequent angehen zu können, muss das Thema auf **Landesebene** gehoben werden.
Da der Tourismusbereich den größten Wirtschaftsfaktor der Stadt darstellt, wird Tourismus auf Senatsebene bisher sehr positiv bewertet und als „erwünscht“ nach außen transportiert. Auch wenn diverse **Stadtmarketing-initiativen** bereits über die Problematik informiert sind (*visitBerlin*, Akzeptanzmanagement), werden bislang kaum entsprechende Maßnahmen in den betroffenen Quartieren vor Ort durchgeführt und die Konflikte blei-

ben inhaltlich im Hintergrund. Aus einer Anwohnerumfrage zum Thema **Tourismusakzeptanz** lassen sich klare Tendenzen erkennen: Die ablehnende Haltung der Berliner Bevölkerung gegenüber Touristen nimmt zu. Eine Steuerung über weiche Instrumente, so wie *visitBerlin* sie vorschlägt, reicht eventuell schon bald nicht mehr aus. Den Verantwortlichen muss aufgezeigt werden, in welch kritischer Situation wir uns bereits jetzt befinden und dass es konkreten Handlungsbedarf gibt, um einer **Eskalation** noch rechtzeitig **vorbeugen** zu können.
Auch alle anderen Akteure, die mit den touristischen Konfliktquartieren zu tun haben, müssen aktiviert werden. Nur wenn sich auf allen Ebenen ein **Verständnis** für die Problematik entwickelt, kann eine **Kooperation** erfolgreich sein. Wichtig ist es, den entsprechenden **Mehrwert** für die einzelnen Kooperationspartner aufzuzeigen. Als Beispiel wäre hier die Polizei zu nennen, die auf Grund einer völligen Unterbesetzung nur dann „mitspielen“ wird, wenn sie daraus auch einen internen Nutzen ziehen können.

Abschluss

Frau Raab und Frau Peltz-Grau bedankten sich bei allen Gästen und verabschiedeten sich zum gemütlichen Beisammensein und weiterem regem Gedankenaustausch.

Ansprechpartner
für den berlinweiten Erfahrungsaustausch:

coopolis
zwischen|nutzungs|agentur

Stefanie Raab, Dipl. Ing. Architektur, coopolis gmbh
Planungsbüro für kooperative Stadtentwicklung,
Lenaustraße 12, d-12047 Berlin
T: 030 6272 6362, F: 030 6272 6442, raab@lokal-leben.org, www.lokal-leben.org
.....
Manuela Peltz-Grau und Martin Kesting,
Büro des Bezirksstadtrates für Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport,
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Frankfurter Allee 35-37, 10247 Berlin
T: 030 90298 - 47 68, F: 030 90298 - 41 82, martin.kesting@ba-fk.berlin.de
www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/abteilungen/wibo/
……

Ermöglicht wird das Projekt durch eine Wirtschaftsdienliche Maßnahme WDM der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, finanziert aus Mitteln des Fonds für regionale Entwicklung und durch Mittel des Programms „Aktionsräume+“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

EUROPÄISCHE UNION Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Investition in Ihre Zukunft
EFRE ...eine Chance durch Europa!
BBWA Berlin WDM
Gefördert durch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
be Berlin
Aktionsräume plus Impuls für eine lebenswerte Stadt
Friedrichshain-Kreuzberg Wirtschaftsförderung